

„Dann wäre ich auch ausgewandert“

Innenminister Pistorius erklärt vor dem Flüchtlingsrat, warum Deutschland eine Willkommenskultur braucht

VON MICHAEL B. BERGER

Hannover. „Wenn ich selbst keine Perspektive hätte, keine Aussicht auf einen Ausbildungsplatz – dann wäre ich auch ausgewandert, wie viele Deutsche in die USA.“ Boris Pistorius, der dies sagt, hat aber derzeit keinen Grund, seine Zelte in Niedersachsen abzubrechen. Im Gegenteil: Seit 98 Tagen ist der Sozialdemokrat aus Osnabrück niedersächsischer Innenminister. Am Sonnabend hat er mit dem niedersächsischen Flüchtlingsrat über den von ihm angestrebten „Paradigmenwechsel“ in der Flüchtlingspolitik debattiert – eine Premiere, denn nie zuvor diskutierte ein Innenminister mit den Vertretern der Menschenrechtsorganisation.

Pistorius warb dafür, eine echte „Willkommenskultur“ in Deutschland zu schaffen. „Wenn man liest, dass Zuwanderer oft besser qualifiziert sind als Deutsche, wird man doch hellhörig.“ Angesichts der Tatsache, dass vor allem in Südeuropa viele Jugendliche ohne Perspektive dastünden, könne er sich vorstellen, dass es „eine Wiederholung der Zuwanderung geben wird, wie wir sie in



Wirt für Willkommenskultur: Innenminister Boris Pistorius, neben ihm Anke Eglblomasse (l.) und Gisela Penteker vom Flüchtlingsrat.

den sechziger Jahren hatten“, sagte der Innenminister.

Streichen sollte man nach seinen Worten in der gesamten Diskussion um Zuwanderung den abwertenden Begriff des „Wirtschaftsflüchtlings“. Schließlich führe oft die nackte Existenzangst dazu, dass Menschen ihre Heimat verließen. Für diejenigen, die in Deutschland schon lange lebten, aber nur eine Duldung hätten,

müsse es vernünftige Bleiberechtigungen ohne Stichtag geben, sagte der Minister: „Das ist ein Gebot der Menschlichkeit, aber auch volkswirtschaftlicher Vernunft.“ Die Zeit der Kettenuldungen müsse enden („das ist kein Zustand“), es müsse ein Umdenken geschehen. „Alles, was wir heute an Flüchtlings- und Ausreiseproblemen haben, ist Ergebnis der Politik der frühen neunziger Jahre“, sagte Pistorius, der am liebsten auch das vom Verfassungsgericht bereits kritisierte Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen möchte – „aber dafür brauchen Sie einen Regierungswechsel in Berlin“.

In Niedersachsen habe man jedenfalls eine ganze Reihe von Forderungen der Flüchtlingsverbände aufgegriffen und sei dabei, einen Mentalitätswandel herbeizuführen. So können jetzt die Kommunen selbst entscheiden, ob sie lieber Geld- oder Sachleistungen an Asylbewerber ausgeben. Auch sei die Residenzpflicht für diese Menschen aufgehoben worden, und er habe der Härtefallkommission wesentlich mehr Entscheidungsspielraum für Gnadenakte eingeräumt. „Wir werden auch Familien nicht mehr auseinanderreißen

und Abschiebungen möglichst ganz vermeiden – aber dennoch wird es auch Fälle geben, in denen das Recht durchgesetzt werden muss“, sagte Pistorius.

Neuer Vorstand

Der niedersächsische Flüchtlingsrat hat bei seiner Mitgliederversammlung am Wochenende einen neuen Vorstand gewählt. Nach 18 Jahren schied Norbert Grehl-Schmitt, Sozialarbeiter beim Caritasverband Diözese Osnabrück, als Vorsitzender aus. Seine Nachfolgerin ist die Ärztin Gisela Penteker, die als Allgemeinmedizinerin in Hemmer im Kreis Cuxhaven arbeitet. Im Vorstand bleiben die Soziologin Anke Eglblomasse vom Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen, der hannoversche Rechtsanwalt Dünder Kelloglu und Sigrid Ebritsch vom Haus für Kirchliche Dienste. Neu im Vorstandsteam ist die irische Anwältin Claire Deery aus Göttingen. nied

Denn die von ihm gewünschte Willkommenskultur sei kein Blankoscheck. „Jeder, der kommt, hat auch etwas beizubringen.“ Leider gebe es aber auch Menschen – „im Promillebereich“ – , die dieses nicht täten, etwa ihre Kinder nicht zur Schule schickten und sich total verweigerten. Sie bräuchten mit ihrem Verhalten die Akzeptanz für alle anderen Zuwanderer in Gefahr.

Eine lebhafte Diskussion schloss sich an, viele Migranten beklagten, dass den Ausländerbehörden oft das Gespür für ihre Klienten fehlten. So ein Mentalitätswandel brauche seine Zeit, konstatierte der Innenminister, der es nicht versteht, wenn Behörden die Integrationsleistung nur an Schulnoten ablesen wollen.

Der Minister hat sich auch vorgenommen, die Gemeinschaftsunterkünfte langfristig abzuschaffen. „Da müssen wir aber ein ausgefeiltes Konzept entwickeln und die Kommunen mitnehmen“, sagte Pistorius. Abgetrennte Sammelunterkünfte für Zuwanderer, da war sich die Runde völlig ein, sind kein Beitrag zur Integration.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken